

Geschichte und regionale Identität

Baga Enikö

Regionale Identität und lokale Integration als Grundlage für die Akzeptanz institutioneller Innovation: der Fall Timisoara¹

Aus der Betrachtung der rumänischen Transformation wird ersichtlich, daß politischer Wille allein einen institutionellen Wandel, als Voraussetzung für die "Umkehrung" eines ungünstigen Entwicklungspfades, kaum durchzusetzen vermag. Funktionsfähigkeit und Effizienz der neuen Institutionen wird von der Art und Weise, in der sie von den sozialen Akteuren akzeptiert und verinnerlicht werden, bestimmt. Dies wird wiederum von dem Grad sozialer Integration geprägt, der seinerseits – im Sinne Putnams² – als ein Ergebnis langfristiger historischer Entwicklungen betrachtet werden kann.

Institutioneller Wandel am Beispiel der lokalen Selbstverwaltung

Infolge der Verwaltungsreform 1991 wurde auch in Rumänien die lokale Selbstverwaltung eingeführt. 1992 wurden die ersten Selbstverwaltungsorgane gewählt, die allerdings noch kaum in der Lage waren, die lokalen Angelegenheiten effizient zu verwalten.

Die ausbleibenden rechtlichen Vorschriften über die Mittelvergabe führten zu einer starken Abhängigkeit der Kommunen von der Zentrale, die sich hierüber die Möglichkeit freihielt, die Entscheidungsfähigkeit der lokalen Ebene zu unterbinden oder zu politischen Zwecken zu instrumentalisieren.³ Vertreter der lokalen Selbstverwaltungen optierten dann ihrerseits für klientelistische Handlungsmuster zum Schutz vor dem willkürlichen äußeren Zugriff.⁴

Mit der Verabschiedung des Gesetzes über die finanziellen Grundlagen für die lokale öffentliche Verwaltung wurde 1998 die finanzielle Unabhängigkeit der lokalen Selbstverwaltungen gewährleistet. Allerdings führte dies weder zu dem Verschwinden klientelistischer Netzwerke, noch zu einer radikalen Änderung der Wahrnehmung der Selbstverwaltung in der Gesellschaft.

Lokale Selbstverwaltung in Timisoara

Etwas unterschiedlich gestaltete sich die Lage in Timisoara, wo sich infolge der urbanen Revolte bereits im Dezember 1989 unabhängige Selbstverwaltungsinstanzen etablieren konnten.

¹ Diese Arbeit ist im Zusammenhang des von Melanie Tatur geleiteten und von der VW-Stiftung finanzierten Forschungsprojektes "Lokale und regionale Akteure und Institutionen in der regionalen Entwicklungspolitik in Polen, Rumänien, der Ukraine und Ungarn" entstanden.

² R.D. Putnam: Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy, Princeton 1993.

³ A. Campbell: Local Government in Romania, in: Local Government in Eastern Europe, hrsg. von A. Coulson, Birmingham 1995, S. 155.

⁴ Interview mit Frau S. K., ehemalige Kommunalrätin im Munizipium Sibiu/Hermannstadt, geführt von Laura di Salvo im September 1997.

Diese wurden allerdings Anfang 1990 aufgelöst und durch hierarchisch gegliederte zentralistische Verwaltungseinheiten ersetzt.⁵ Die Idee der Dezentralisierung wurde in der Proklamation von Timisoara im Mai 1990 zwar wieder aufgegriffen, konnte aber nicht durchgesetzt werden.

Trotz dieser lokalen Besonderheiten, die sich auf die spezifische Mobilisierungsdynamik und noch weiter auf die Geschichte des Banat zurückführen lassen, scheint sich die Selbstverwaltung in Timisoara in der Wahrnehmung der Bevölkerung auch nicht als Interessenvertretung der lokalen Gemeinschaft etabliert zu haben:

Ich glaube, daß sich die Selbstverwaltung zu einem bestimmten Zeitpunkt von einer autoritären, bevormundenden Behörde in eine Art Lampe des Aladdin verwandelt hat. Sie verfügt nicht mehr über die notwendige Autorität. Es wird nicht eingesehen, daß die Information an den Entscheidungsträger weitergeleitet werden muß, denn wenn man nicht über die notwendige Information verfügt, kann man auch keine richtigen Entscheidungen treffen. Oft wird von der Seite der Unternehmen, der Zivilgesellschaft oder der anderen Institutionen die Meinung vertreten, daß, wenn diese Unabhängigkeit schon mit Mühe und Not errungen wurde, sie um keinen Preis aufgegeben werden kann. Leider wird Disziplin immer noch als Zwang verstanden.⁶

Wenn einerseits die Selbstverwaltung von der Bevölkerung immer noch als feindliche, autoritäre Instanz wahrgenommen wird, so scheint sie andererseits aber gegenüber dem Zentrum nicht besonders viel Autorität zu genießen:

(Entwicklungspolitik scheitert) in erster Reihe am Geldmangel und an dem Mangel an Leuten, die die Fähigkeit hätten, die Entscheidungsfaktoren im Zentrum zu beeinflussen. Es zählt nämlich sehr viel, wer einen Kreis leitet und wie diese Person im Zentrum ankommt. Wir wissen ja alle, daß alles vom Zentrum abhängt, die lokalen Behörden haben da nach wie vor nichts zu sagen.⁷

Der Versuch, über die vor Ort gewählten Parlamentarier Einfluß im Zentrum zu gewinnen, scheint auf dem Hintergrund des Parteienklientelismus auch zum Scheitern verurteilt:

Diejenigen, die den Kreis vertreten, müssen gemeinsam für den Kreis eintreten, ungeachtet ihrer Parteizugehörigkeit und nicht so, daß sie hier und dort ein Tor für die eine oder andere Partei schießen. Sie müssen sich alle mobilisieren, um was für Timisoara zu erreichen. Aber so, wie sie es jetzt machen, der eine zieht in die eine Richtung, der andere in die andere, so geht es nicht.⁸

Unter diesen Bedingungen erscheinen die Chancen für eine auf lokale und regionale Zusammenarbeit basierende sozio-ökonomische Entwicklungspolitik nicht besonders erfolgversprechend.

⁵ R. Leber: Politische Kultur und Systemtransformation in Rumänien, Frankfurt/M. u.a. 1996, S. 141.

⁶ Eigene Übersetzung des Interviews mit Frau A. J., Leiterin der Abteilung für Stadtplanung und urbane Entwicklung im Rathaus Timisoara, Oktober 1999.

⁷ Eigene Übersetzung des Interviews mit Herrn P.O., Vorsitzender des Vereins FALT, Timisoara, Oktober 1999

⁸ Eigene Übersetzung des Interviews mit Herrn P.O., Vorsitzender des Vereins FALT, Timisoara, Oktober 1999.

Trotzdem wird immer wieder von erfolgreicher Zusammenarbeit berichtet, wenn auch zunächst nur bei der Durchführung außenfinanzierter Pilotprojekte oder bei der Erarbeitung von Entwicklungsstrategien.

Rolle der urbanen Eliten

Hierbei kommt den urbanen Eliten eine besondere Rolle zu. Die städtischen Eliten in Timisoara kennzeichnen sich durch politische Legitimität, lokale Integration, soziale Homogenität sowie Zugehörigkeit zu einem intellektuellen Milieu.

Der typische Vertreter dieser Gruppe ist gebürtiger Temeschwarer, hat die deutsche Schule im Ort besucht und anschließend an der Technischen Universität studiert, wo er heute unterrichtet. Parallel zu seiner Lehrtätigkeit hat er noch ein Joint-Venture Geschäft mit einem inzwischen in Deutschland ansässigen ehemaligen Schulkameraden.

Die urbane Elite scheint die leitenden Positionen in den Institutionen, die eine wichtige Rolle für die Regionalentwicklung spielen, wie z.B. Selbstverwaltungen, Handelskammer, Entwicklungsagenturen, Universität usw., innezuhaben. Jenseits ihrer funktionalen Vernetzungen sind diese Institutionen auch über Ämterkumulation und persönliche Bekanntschaften vernetzt. Daher erfolgt die Verständigung über die Ziele und Strategien für die Regionalentwicklung weniger im Rahmen öffentlicher Debatten, sondern vielmehr über Privatgespräche oder Expertendiskurse.

Auf dieser Grundlage entstehen organisatorische Strukturen, die sich durch lose Vernetzung charakterisieren. Es wird zwar versucht, die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Institutionen durch die Schaffung von Konsortien, Koordinationsstellen oder Dachverbänden zu formalisieren, aber letztendlich bleiben doch die informellen Beziehungen ausschlaggebend. Die Tragfähigkeit dieser Beziehungen wird wiederum durch den Rückgriff auf die lokale und regionale Identität untermauert.

Regionale Identität

Die Banater Identität baut auf eine regionale Mythologie auf, die drei historische Momente aus der Geschichte der Region besonders hervorhebt: die Habsburger Zeit, die Zwischenkriegszeit und die Revolution.

Die Habsburger Zeit entspricht dem Gründungsmythos der Region. In diesem Mythos ist das Selbstverständnis als Vorkämpfer der Zivilisation verankert, das als Begründung für die hier ausgelöste Revolte gegen das kommunistische System sowie für die auf lokaler und regionaler Ebene stattfindenden institutionellen Innovationen dient.

Dem Gründungsmythos folgt das "goldene Zeitalter", das sich von der österreichischen Rückeroberung bis hin zur kommunistischen Herrschaft erstreckt. Diese Periode wird über die Chronologie eines ungebrochenen technischen Fortschrittes, der zum ökonomischen Wohlstand führt, beschrieben. Sie wird ferner mit interethnischer Harmonie und gegenseitigem Respekt gleichgesetzt. Die Partizipation aller Volksgruppen am ökonomischen Wohlstand

wird als Grundlage für die interethnische Harmonie betrachtet. Gleichzeitig wird auch auf die politische Gleichheit aller hier Lebenden verwiesen.

Als "dunklem Zeitalter" haftet der Zeit der kommunistischen Herrschaft eine Geschichte der Zerstörung an. Sie dient als Projektionsfläche für eine lange Reihe konfliktorischer Auseinandersetzungen zwischen nivellierendem Zentrum und nach Eigenständigkeit ringender Region, "Mitteleuropa" und "Balkan", "Halbasien". In diesem Kontext wird die Revolte gegen das Ceausescu-Regime als Sieg über den Kommunismus und Wiederherstellung der ursprünglichen Ordnung gedeutet.

Vor diesem Hintergrund wird lokale Identität in Timisoara nicht mit exklusiven Identitätsmerkmalen wie Ethnie oder Religion verbunden, sondern mit Vielsprachigkeit⁹, Multiethnizität, religiöser Toleranz und urbanen Verhaltensstandards. Eine so gefaßte Identität stattet ihre Träger mit einem breiten kulturellem Repertoire und interkulturellen Kommunikationskompetenzen aus; die die Temeschwarer gegenüber anderen sicher und selbstbewußt auftreten läßt: "Die Tatsache, daß ich von hier bin, gibt mir ein Gefühl von Sicherheit und – Macht wäre vielleicht zu viel gesagt – Selbstbewußtsein in meinen Beziehungen zu anderen."¹⁰

Die beiden Seiten der Medaille

Für internationale Kooperation ist eine solche Einstellung besonders vorteilhaft. Der Rückgriff auf die Geschichte ermöglicht ein Sich-In-Bezug-Setzen zum westlichen Europa und die Wahrnehmung der eigenen Chancen im Prozeß der Osterweiterung der EU. So verfügten auch alle Institutionen, mit deren Vertretern ich Interviews geführt habe, über vielfache internationale Kontakte. Viele Institutionen konnten erst auf der Grundlage internationaler Zusammenarbeit entstehen, für andere galt der Zugang zu äußeren Finanzierungsmöglichkeiten als entscheidender Anreiz.

Trotz allem birgt aber die einseitige Bezugnahme auf das Habsburger Erbe unter radikaler Ablehnung der kommunistischen Vergangenheit auch die Gefahr, daß reale Probleme verkannt oder gar nicht erst wahrgenommen werden. So sind in Timisoara nicht nur ausländische Investoren, sondern auch Straßenkinder stark präsent. Die lokale Gemeinschaft sieht sich mit einer wachsenden Kriminalitätsrate konfrontiert, die unter den Bedingungen steigender Arbeitslosenzahlen und einer 10%-igen Institutionalisierungsrate der Bevölkerung unter 16 Jahren in der nahen Zukunft wahrscheinlich noch weiter anwachsen wird.

Soziale Probleme, mit denen vor allem Einwanderer aus rückständigen, bäuerlich geprägten Landesteilen konfrontiert sind, wurden soweit nicht als relevant angesehen, da sie ja "unsere Banater" nicht betrafen. Die Zugezogenen wurden als Hinterlassenschaft der kommunistischen Industrialisierungspolitik betrachtet und sowohl aus ideologischen Gründen,

⁹ Mit zwei Ausnahmen sprachen alle meine Interviewpartner außer ihrer Muttersprache mindestens eine Fremdsprache, aber zwei Fremdsprachen waren auch keine Seltenheit.

¹⁰ Eigene Übersetzung des Interviews mit Herrn H. I., Direktor der regionalen Entwicklungsagentur, Timisoara, Oktober 1999.

wie auch aufgrund ihrer Nonkonformität mit urbanen Verhaltensstandards abgelehnt. Eine Auseinandersetzung mit der Lage dieser Bevölkerungsgruppe erscheint aber dringend notwendig, da auf dem Hintergrund der Abwanderung der aiteingesessenen urbanen Eliten und der weiteren Zuwanderung sozial Benachteiligter aus anderen Landesteilen inklusive urbane Verhaltensstandards zu zerbrechen drohen.

Die von den lokalen Behörden in Zusammenarbeit mit meist kirchlichen Trägern durchgeführten sozialen Programme sowie die Initiative des Arbeitsamtes zur Mobilisierung durch Ausbildung weisen bereits in diese Richtung. Ferner bleibt auch zu hoffen, daß das Engagement der lokalen Selbstverwaltungen und ihre partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Vertretern der Zivilgesellschaft gegenseitige Lernprozesse in Gang bringt, die einerseits zu einer größeren Bürgernähe und Effizienz der Selbstverwaltungen und andererseits einer höheren Akzeptanz in der Bevölkerung führen.